



Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 1 1/2 Thlr., Wochen-Abonnement 5 Sgr., außerhalb incl. Porto 2 1/2 Thlr. — Inserionsgebühr für den Raum einer sechsstelligen Zeile in Beilage 2 Sgr., Reclame 5 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Befellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 330. Mittag-Ausgabe.

Fünfundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Sonnabend, den 18. Juli 1874.

## Deutschland.

**Berlin, 17. Juli.** [Amtliches.] Se. Majestät der König hat den Regierungsrath Rassel zu Posen zum Ober-Regierungs-Rath und Regierungs-Abtheilungs-Dirigenten ernannt; sowie dem Bau-Inspector Wilhelm Carl Friedrich Thömer in Stettin den Charakter als Baurath verliehen. Am Gymnasium zu Stargard i. Pomm. ist der ordentliche Lehrer Dr. Dorschel zum Oberlehrer befördert worden. — Der Rechtsanwalt und Notar Toll zu Posen ist zum 1. September d. J. in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht zu Brieg mit Anweisung seines Wohnsitzes in Neustadt-Eberswalde versetzt worden. Der Notariats-Candidat Schwenger in Düsseldorf ist zum Notar für den Friedensgerichtsbezirk Heinsberg im Landgerichtsbezirk Aachen, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Wassenberg ernannt worden.

**Berlin, 17. Juli.** [Dr. Falk. — Die Ministerconferenz. — Strafenbenennung.] Durch die Zeitungen geht die Noth, daß der Cultusminister in letzter Zeit mit Drohbrieffen überschüttet worden sei. Dem gegenüber können wir nun mittheilen, daß der Minister zwar häufig aus Anlaß der von ihm vertretenen Kirchenpolitik Schmähbriefe erhalten hat und Drohbrieffe aller Art, daß ihm aber grade in den letzten zwei Monaten keine solche zugegangen sind. Die „Germania“ glaubt, ihre Ansicht, das Verbrechen, wir meinen das Attentat, müsse als ein isolirt dastehendes betrachtet werden, noch dadurch zu unterstützen, daß sie den Hinweis auf die Solidarität der ultramontanen Agitation nur für ein liberales und offizielles Mandat ausgiebt. Und wenn die „Prov.-Corr.“ am Schlusse ihres Leitartikels sage, die Regierung sei jetzt in der Lage, Maßregeln in dieser Richtung zu beschließen, so sei das eben nur eine Privatansicht des Blattes. Es sei ja auch gar nicht möglich, daß überhaupt Maßregeln beschlossen würden, da ja kein Minister außer Dr. Falk hier sei. Hieraus sieht man, wie leichtfertig die „Germania“ mit der Wahrheit umspringt, selbst gegen ihr eigenes Wissen, da alle Zeitungen gemeldet, daß zwei Tage hintereinander Sitzung des Staatsministeriums gewesen, daß Graf Eulenburg daran Theil genommen, und daß Herr Leonhardt dazu direct aus Hannover eingetroffen, nun aber seinen Urlaub wieder angetreten hat. Was nun aber die Maßregeln betrifft, so können wir die Mittheilung der „Post“, die Staatsanwaltschaft sei angewiesen worden, die ultramontane Presse streng zu überwachen, lediglich bestätigen. In dem dahin bezüglichen Circular des Justizministers wird noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß gesetzwidrige Handlungen und schwere Verbrechen auf den verderblichen Einfluß der ultramontanen Agitation, namentlich in der Presse, zurückzuführen seien. Auch sind bereits sehr entschiedene Weisungen in Betreff der Handhabung der Vereinspolizei gegenüber den katholischen Vereinen ergangen. — Wenn verschiedene Blätter das jetzige Zusammenreffen des Kaisers mit dem Könige von Baiern das erste nach dem Kriege nennen, so ist das ein Irrthum; schon im Jahre 1871, als der Kaiser nach Gastein fuhr, traf ihn der König von Baiern auf der Station Schwanenordf. — Bis her war bekanntlich die Benennung der Straßen, Wege, Plätze u. s. w. eine Art von Hoheitsrecht der Krone; jetzt hat nun der Kaiser bestimmt, daß in Zukunft dieses Recht von ihm nur noch in Berlin, Potsdam und Charlottenburg ausgeübt werden solle, in der ganzen übrigen Monarchie jedoch die Wege-Polizei darüber zu bestimmen habe, und nur in den Fällen seine Genehmigung einzuholen sei, wenn die Benennung mit ihm oder mit anderen Mitgliedern des Kaiserhauses zusammenhänge.

**Berlin, 17. Juli.** [Die Antwort aus Rom. — Zum Kissingener Attentate. — Regierungsmaßregeln.] Nach einer bezüglichen Mittheilung der „Germania“ zu urtheilen, d. h. wenn man dieselbe aus dem diplomatischen Style erst in einen rein geschäftlichen übersezt, ist von Rom auf die Anfragen der Fuldaer Bischofs-Conferenz eine abschlägige Antwort erfolgt. Der Vatican beweist daher nicht nur, daß er den Kampf nicht aufgeben will, sondern auch, daß ihm die Verhältnisse im deutschen Reiche ganz und gar unverständlich sind, nimmt aber gleichwohl leichten Herzens die Verantwortung auf sich, maßgebend auf dieselben einzuwirken. — Wenn aus Anlaß des Kissingener Attentats und der daran sich anschließenden Verhandlungen und Untersuchungen in der Presse ein hiesiges Blatt vor der „Denunciantenwuth“ warnt, so kann man im Principe demselben wohl Recht geben; keinesfalls aber dürfte es sich empfehlen, die Enthaltensamkeit soweit zu treiben, den Verbrecher, weil man im offenen Kampfe mit einer großen, geschlossenen Partei lebt, in deren Lager nicht suchen zu wollen. Die ultramontanen Blätter thun ihrerseits das Mögliche, jeden etwa noch vorhandenen Optimismus zu zerstören und die Untersuchung auf die richtige Fährte zu leiten. Allen voran eilt die „Germania“, deren leidenschaftliche Artikel alles Maß überschreiten. Maßvoller drückt sich die bairische ultramontane Presse aus (mit Ausnahme natürlich des famosen „Bayerischen Vaterlands“ von Dr. Sigl), die in dem Attentate eine schwere Schädigung ihrer Sache erkennt. — Daß eine verschärfte Beobachtung der ultramontanen Presse seitens der Regierung bei uns angeordnet ist, bestätigt sich. Das Circular ist von den Ministern des Innern und der Justiz ausgegangen. Graf Eulenburg weiß z. B. auch in Kissingen, wird aber demnächst hierher zurückkehren.

[Militär-Wochenblatt.] Dr. Kunzen, Unterarzt vom 1. Oberschles. Inf.-Regt. Nr. 22, vom 1. Juni c. ab mit Wahrnehmung einer bei seinem Regiment vacanten Assistenzarztstelle beauftragt.

**D. R. C.** [Das Präsidium] des Deutschen Kriegerbundes, welches gestern Abend hier zu einer Sitzung zusammengetreten war, hat an den Reichskanzler Fürsten Bismarck Namens der 40.000 Mitglieder des Bundes eine Glückwunschadresse per Telegraph abgefordert.

**D. R. C.** [Im Reichseisenbahnamt] werden gegenwärtig Instruktionen ausgearbeitet, welche sich auf die Auslegung des kürzlich erlassenen neuen Betriebs-Reglements beziehen, und welche den Eisenbahn-Verwaltungen genauen Aufschluß geben über die Handhabung der durch das neue Reglement getroffenen wichtigsten Bestimmungen. Es liegt, wie wir hören, in der Absicht der Reichsbehörde, das neue Betriebs-Reglement bis zum 1. Januar 1875 auf sämtlichen deutschen Eisenbahnlinien einzuführen.

**D. R. C.** [In Betreff der unter dem Bildhauere des Brunenwalds ausgebrochenen Seuche] hören wir, daß dieselbe glücklicherweise jetzt im Abnehmen begriffen und in den letzten Tagen nur noch einige Stücke Wild verendet gefunden worden sind. Im Ganzen sollen bis jetzt etwa 1000 Stück Damwild der Seuche erlegen sein, auf den Restland hat die Seuche fast gar keinen oder nur einen geringen Einfluß gehabt. Am meisten hat darunter der Wildstand des Prinzen Carl in dem Glienicker Forst gelitten, der bis auf

einzelne Exemplare vollständig vertilgt ist. Auch im Wildpark bei Potsdam ist die Seuche jetzt ausgebrochen und von der Verwaltung das Betreten des Parks verboten worden.

**Kiel, 14. Juli.** [Gegen den Cigarrenmacher Georg Winter] in Ottenen war von Schulze-Dehlsch eine Privatklage in Anlaß eines Artikels in Nr. 146 des Berliner „Social-Demokrat“ v. J. 1872 erhoben, welche das Kreisgericht zu Altona als subjectiv unbegründet abgewiesen hatte, nachdem die Autorität des Verklagten in Abrede gezogen war. Die vom Privatkläger dagegen eingelegte Berufung kam heute bei der Berufungskammer des Appellationsgerichtes zur Verhandlung, welche die Autorität des Verklagten als thatsächlich festgestellt erachtete und den G. Winter wegen öffentlicher Verleumdung zu einer dreimonatlichen Gefängnißstrafe verurtheilte.

**Posen, 17. Juli.** [Geheimrath Tzdebcki. — Die Ultramontanen über das Attentat auf Bismarck. — Domherr Korytkowski.] Vor einigen Tagen meldeten unsere Zeitungen, daß der russische Geheimrath Tzdebcki (dessen Name übrigens seine polnische Herkunft verräth) hier gewesen sei, um die Communicationen in unserer Provinz zu studiren. Es hat aber den Anschein, als ob der „tajny sowjetnik“, der Geheimrath, der übrigens in der russischen 14klassigen Hierarchie noch lange nicht so viel zu bedeuten hat, wie der preussische „Geheimrath“, nicht bloß die Communicationen in unserer Provinz studiren, sondern auch Communicationen mit den Bewohnern aufknüpfen sollte. Auf diesen Gedanken leitet sein Benehmen in Berlin, wo er nach dem „Dziennik Poznański“ im sogenannten katholischen Verein, der hauptsächlich aus Polen besteht, am 13. d. M. eine fulminante Rede gehalten hat, in welcher er den jungen heißblütigen Polen bewies, daß der enge Anschluß der Polen an die slavischen, besonders aber an die russischen Brüder zum Heile der Polen durchaus notwendig sei. Die Polen müssen sich ebenso solidarisch mit den andern Slaven verbinden, um ein großes mächtiges Slavenreich zu bilden, wie dieses andere Stämme nicht slavischer Nationalität gethan haben, um ein großes Reich zu schaffen. Herr Tzdebcki unterstützte seine Rede durch ein gewichtiges Geschenk, daß er der armen Vorkaufstasse des Vereins in Höhe von 100 Rubeln macht. Außer dem Geheimrath Tzdebcki bereist noch ein anderer russischer Agent die Städte Deutschlands, um die in ihnen lebenden Polen unter das panslawische Panier zusammen zu schaaren. Es ist dieses der im Posenischen gebürtige, seit 6 Jahren in Petersburg lebende Kaufmann Storzewski, welcher ebenfalls in der am 13. d. M. in Berlin abgehaltenen Versammlung des katholischen Vereins eine Rede gehalten hat, in welcher er seinen Zuhörern das Glück schilderte, welches die Polen im eigentlichen Rußland genießen. Da der russische Agent wohl fühlte, daß den meisten seiner Zuhörer das Verfahren der russischen Regierung im sogenannten Congreßpolen sehr wohl bekannt ist und daß sie die von ihr angewandten gewaltsamen Maßregeln zur Russifizirung der urpolnischen Provinzen genau kennen, bemühte er sich, die einstweilige Nothwendigkeit dieses Verfahrens so plausibel wie möglich darzustellen, indem er zugleich hervorhob, daß dieses Verfahren gewiß eingeführt werden wird, wenn die russische Regierung leben wird, daß die Polen im Allgemeinen und die polnische Jugend im Besonderen, so viel an ihr, sich Rußland anschließen. Da Rußland so untergeordneten Figuren, wie es dort ein „Geheimrath“ ist, nicht wichtige Missionen, wie eben die Unterjochung von Communicationsmitteln eine ist, anvertraut, dergleichen Herren auch gewöhnlich nicht so stürzt sind, daß sie aus eigenen Mitteln Hundert-Rubelscheine schenken können, da überdies die von Herrn Tzdebcki gehaltene Rede offen panslawistischen Inhalts war, liegt der Verdacht nahe, daß er sowohl, als auch der Kaufmann Storzewski panslawistische Apostel sind, welche, wenn nicht von der Regierung selbst, so doch gewiß vom panslawistischen Comite in Petersburg ausgesendet sind, um für die panslawistische Idee unter den Polen, vielleicht auch unter den Lausitzern und Böhmen, Proselyten zu werben. — Der aus dem schwarzen Reptilienfonds, d. h. von den Ultramontanen, unterhaltene „Drendownit“ bespricht den wider das Leben des Fürsten Bismarck in Kissingen gemachte Mordversuch in einer Weise, welche wahrlich nicht geeignet ist, gegen den Mörder und diejenigen, welche ihn gedungen haben, Verachtung zu erwecken. Ueberhaupt ist sowohl er, als auch die anderen von der Dominel aus unterhaltenen Blätter, hauptsächlich darauf bedacht, die katholischen Gesellenvereine gegen die Annahme zu vertheidigen, daß sie noch nicht hinreichend für eine so scheußliche That vorbereitet sind. Wenn man eine solche Vertheidigung der Jesuitenstiftung, denn eine solche ist sowohl der katholische Gesellenverein, als auch die Gesellschaft des heil. Vincenz à Paulo im „Drendownit“ liest, dann stellt man sich unwillkürlich die Frage, wie es wohl kommen mag, daß die Regierung unserer Provinz nicht einmal die Lehrer vor diesem sie und das Volk fanatisirenden Blatte warnt. — Die vor Kurzem gemeldete Anordnung des Kreisgerichts in Gnesen, daß alle an den Domherren Korytkowski gelangenden Briefe dem Gerichte abgeliefert und von diesem geöffnet werden sollen, dürfte ihren Grund darin haben, daß derselbe sich widerrechtlich die Funktionen eines Offizials des Gnesener Domkapitels aneignet und höchst wahrscheinlich den vor Kurzem vom Bischofe Cybikowski in Gnesen geweihten Clerikern die Missio ertheilt hat, denn alle diese Herren sind untergebracht und unterschreiben seit die an die Domkapitel gesandten Adressen.

**Posen, 17. Juli.** [Ein Memorandum.] Die „Dsb. Ztg.“ meldet: Der Prodecan Anders berief auf den 7. d. Mts., also in außergewöhnlicher Zeit, eine Decanatsversammlung, zu welcher er alle Geistlichen des Decanats durch eine Currende einlud, dabei aber den Vicar Kubezjak in Borek übergab. In Folge dessen sandte derselbe folgendes Memorandum an den Prodecan: Borek, 6. Juli. Ich habe gestern erfahren, daß Ew. Hochwürden als geistlicher Decanats-Vorsteher die diesjährige Decanats-Versammlung auf den 7. d. Mts., also außer der sonst üblichen Observanz, zusammenberufen und alle betreffenden Geistlichen via cursoria dazu eingeladen, es jedoch für angemessen erachtet haben, meine Person zu übergeben. Sie werden wohl nicht bestreiten wollen, daß ich seit dem 28. November 1871 an der Parochialkirche in Borek angestellter und bis dahin von dieser Stellung nicht entbundener Vicar bin, also als wirkliches Mitglied der Geistlichkeit im Decanate Borek fungire, mir somit auch das Recht zusteht, an allen öffentlichen und geheimen amtlichen Zusammenkünften und Verhandlungen der Decanats-Geistlichkeit Theil zu nehmen, Sie folglich auch die Pflicht haben, mich durch ein Circular, oder auch mündlich zu solchen einzuladen. Sie scheinen aber schon seit lange mich aus wohlbestimmten Gründen ignoriren und mir überhaupt keine amtlichen Mittheilungen mehr machen zu wollen. In Erwägung, daß eine amtliche Einladung zur diesjährigen Congregation

an mich nicht ergangen ist und Sie meinen Namen willkürlich aus der Liste der Decanatsgeistlichkeit ausgeschlossen haben, werde ich zu der Congregation nicht erscheinen, sehe mich aber schon heute veranlaßt, gegen die während der Versammlung Seitens der Geistlichkeit zu fassenden und gefassten Beschlüsse und Bestimmungen feierlich zu protestiren. Gleichzeitig benachrichtige ich Sie, daß ich über Ihr mir gegenüber innegehaltenes Verfahren beim königlichen Oberpräsidenten in Posen sofort Anzeige machen werde.

Der Pfarrgeistliche, Vicar Kubezjak.  
An den Pfarrer Herrn Anders Hochwürden in Jaraczewo.

**Köln, 15. Juli.** [Die Direction der Köln-Mindener Eisenbahn] hat kürzlich folgende seltsame Verfügung erlassen: An sämtliche Herren Revisor-Vorsteher! Wir haben beschloffen, denjenigen Anstellungen und Diätarien, welche sich bei einer anderen Verwaltung um Anstellung bewerben, und von denen deshalb angenommen werden muß, daß sie auf das Verbleiben in diesseitigen Dienste Verzicht leisten (eine schöne Logik!), den Dienst zu kündigen, resp. sie sofort zu entlassen. Sie wollen dies den betreffenden Beamten und Diätarien bekannt machen. Die Direction, gez. Kuhlwecker.

**Magdeburg, 16. Juli.** [Adresse.] Von Seiten unseres Magistrats und unserer Stadtverordneten ist an den Fürsten-Reichskanzler die folgende Adresse abgesandt worden:

An den Kanzler des Deutschen Reiches, Ritter höchster Orden, Herrn Fürsten v. Bismarck, Durchlaucht. Kissingen.

Magdeburg, den 14. Juli 1874.

Die Nachricht von der Schandthat, zu deren Opfer Ew. Durchlaucht aussersehen waren, ist in unserer alten protestantischen Stadt, in welcher sich die von Ew. Durchlaucht geleitete Politik einer besonderen Sympathie erfreut, mit dem tiefsten Abscheu, gleichzeitig aber mit Dank gegen Gott aufgenommen worden, der so sichtlich über das kostbare, der Einheit, Freiheit und Größe des Vaterlandes geweihte Leben Ew. Durchlaucht gewaltet hat. Es drängt uns, diesen Gefühlen Ew. Durchlaucht gegenüber Ausdruck zu geben, um so mehr, als der schändliche Verbrecher aus unserer nächsten Umgebung, der Neustadt-Magdeburg, stammen soll. Der Allmächtige schütze und schirme Ew. Durchlaucht ferner und gebe, daß Ihre unerfährlichen Kräfte dem theuren Vaterlande noch lange erhalten bleiben. In tiefster Devotion

der Magistrat. die Stadtverordneten-Versammlung.  
Hasselbach. Listemann.

**Paderborn, 16. Juli.** [Briefwechsel.] Zwischen dem Bischof und dem Oberpräsidenten hat folgende neueste Correspondenz stattgefunden:

I. „Münster, den 26. Juni 1874.

Da Ew. bischöfliche Hochwürden der in meinem Schreiben vom 11. v. M. Nr. 4108 auf Grund des § 23 Absatz 2 des Gesetzes über die kirchliche Disciplinargewalt und die Errichtung des königlichen Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten vom 12. Mai v. J. G. S. E. 198 wiederholt gestellten Aufforderung, die durch das Erkenntnis des königlichen Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten vom 7. Januar d. J. in der Berufungssache des vormaligen Caplanei-Verweisers Mönikes zu Lippspringe vernichtenden Entscheidungen Ew. bischöflichen Hochwürden resp. des Generalvicariats vom 13. October und 29. November 1870, insofern darüber über den 2. Mönikes die Suspension ab ordine et officio verhängt worden, in ihrer ferneren Vollstreckung aufzuheben und die Wirkung der behufs der Vollstreckung bereits getroffenen Maßregeln zu beseitigen, binnen der vom Tage des Empfanges des vorerwähnten Schreibens an laufenden Frist von 4 Wochen Folge nicht gegeben haben, so wird nach nunmehrigem Ablauf dieser Frist die für diesen Fall zufolge des gedachten Schreibens vom 11. Mai d. J. vorgesehene „Geldstrafe von 800 Thalern „Achtshundert Thalern“ hierdurch gegen Ew. bischöfliche Hochwürden festgesetzt mit dem Bemerken, daß die königliche Regierung zu Minden wegen Einziehung des Betrages mit Anweisung versehen worden ist. Gleichzeitig richte ich an Ew. bischöfliche Hochwürden die erneuerte Aufforderung, binnen einer ferneren vierwöchentlichen, vom Tage der Zustellung dieses Schreibens an laufenden Frist, die durch das Erkenntnis des königlichen Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten vom 3. Januar d. J. in der Berufungssache des vormaligen Caplanei-Verweisers Mönikes zu Lippspringe vernichtenden [eten!] Entscheidungen Ew. bischöflichen Hochwürden resp. des Generalvicariats vom 13. October und 29. November 1870, insofern darüber über den 2. Mönikes die Suspension [!] ab ordine et officio verhängt worden, in ihrer ferneren Vollstreckung aufzuheben und die Wirkung der behufs der Vollstreckung bereits getroffenen Maßregeln zu beseitigen, widrigenfalls eine anderweite Geldstrafe von 1000 Thalern „Ein Tausend Thalern“ gegen Ew. bischöfliche Hochwürden zur Festsetzung und Einziehung gelangen würde.

Der Ober-Präsident von Westfalen  
gez. v. Kuhlwecker.

II.

„Auf die an mich gerichtete Aufforderung, die Ausführung des Erkenntnisses des königlichen Gerichtshofes in der Sache des v. Mönikes in Lippspringe betreffend, hatte ich Ew. Excellenz unter dem 16. Mai c. offen erklärt, daß ich dieser Aufforderung ohne einen Meineid nicht entsprechen könne. Hochdieselben haben leider diesen mir durch Pflicht und Gewissen abgebrungen Protest unberücksichtigt gelassen und jene Aufforderung unter erneuerten Strafverfügungen inhaltlich des sehr geehrten Schreibens vom 26. v. M. einfach wiederholt. Ueber dieses Verfahren fann ich, ohne die Ew. Excellenz schuldigen Rücksichten hintanzusetzen, mich nicht weiter äußern und ich sehe mich daher zu meinen Bedauern genöthigt, jegliche Correspondenz über diese Angelegenheit mit Hochdieselben hiermit abzubrechen.“

Paderborn, am 10. Juli 1874.

Der Bischof von Paderborn.  
gez. Dr. Conrad Martin.

**Aus Schwaben, 13. Juli.** [Proceß der Volkspartei.] Durch frühere Mißerfolge nicht abgerekelt, scheint sich die deutsche Volkspartei zu einem neuen Feldzuge zu rüsten, auf dem sie ihre Fahnen endlich auch nach Norddeutschland zu tragen beabsichtigt. Vielleicht, daß sie dabei auf den Bruch innerhalb der Fortschrittspartei speculirt und den intrinsigenten Theil derselben zu gewinnen hofft. Indessen ist sie in ihrer eigentlichen Burg, in Schwaben, von einem eigenthümlichen Proceß bedroht, der Erwähnung verdient, weil er ein Licht auf die vor dem Jahre 1870 betriebenen antipreussischen Agitationen zurückschleut. In diesem Proceß, der augenblicklich vor den Stuttgarter Gerichten anhängig ist, spielt der bekannte Agitator und vormalige Vorstand der schwäbischen Volkspartei, Julius Hausmann, die Rolle des Angeklagten; Kläger ist der (wegen seiner preußenfeindlichen Gesinnungen bekannte) ehemalige Senator der weiland freien Reichsstadt Frankfurt a. Main und Vorstand des weiland großdeutschen Vereins, Frhr. v. Bernus. Im Jahre 1867 hatte der letztere Herrn Dr. Julius Frese, der damals die „Demokratische Correspondenz“ in Stuttgart herausgab, Geldmittel zur Verfügung gestellt. Dr. Frese lebte die Summe für sich ab, ohne Zweifel, weil die weltliche Erbmajestät sich zur Ehre rechnete, das demokratische Organ, welches dem „Beobachter“ und ähnlichen Blättern die Leitartikel lieferte, ganz aus der eigenen Tasche zu unterhalten. Beiläufig bemerkt — heutzutage genügt Herr Constantin Franz, der bekannte ultramontane Publicist der „Augsburger Postzeitung“ die Ehre, seine Sachen als Leitartikel im „Beobachter“ abgedruckt zu sehen. Dr. Frese also lebte den Beitrag ab, wies aber den Baron Bernus an die Häupter der Volkspartei, die Herren Carl Mayer und Julius Hausmann, die denn auch nicht lange sich besannen, die angebotenen 1500 fl. an sich zu nehmen. Es war mir eine Bedingung daran geknüpft: der Baron wünschte seiner Zeit Rechnungsablage über die Verwendung der genannten Summe. Um diese Klausel schienen sich aber die Föderativ-Republikaner am Neßenbach wenig zu kümmern, wenigstens ließen sie mit der Rechnungsablage auf sich warten; auch als Herr v. Bernus wiederholt und dringend mahnte, wurde er keiner Antwort

gewürdigt. Bei einer persönlichen Begegnung, die zufällig nach einiger Zeit stattfand, erfuhr Herr v. Bernus, daß von jener Summe die größere Hälfte für Agitationszwecke verbraucht worden, die übrigen 700 fl. aber an verschiedene Parteiorgane „ausgeliehen“ seien und zugleich mit der Rechnungsablage demnach ihm zurückgeschickt worden sollten. Allein auch jetzt erhielt der Freiherr weder das Geld, noch den gewünschten Rechnungsbericht, und da wiederholte Mahnungen immer nichts fruchteten, auch die Freundschaft zwischen den Mäxten von 1867 inzwischen ziemlich abgekühlt war, strengte Herr v. Bernus bei den Gerichten eine Klage auf Rechnungsablage an, und dieser Proceß ist, wie gesagt, in diesem Augenblicke noch in der Schwebe — eine charakteristische Illustation nicht bloß der Moral politischer Allianzen, sondern auch zu den Demonstrationen der demokratischen Presse gegen den „Reptilienfonds“.

**Aus dem Ober-Rhein, 12. Juli.** [Clericaler Fanatismus.] In der Stadt Thann ereignete sich vor wenig Wochen wieder ein Vorfall, der der unverbesserlichen Dünkel und Fanatismus vieler reichs-ländischen Cleriker deutlich genug abspiegelt. Nach „altem Herkommen“ soll an dieser Gemeinde der Namenstag des Heiligen N. N., des zweiten Schutzpatrons des Ortes, als Feiertag gefeiert werden. So wollte es eben der Clerus. Das Directorium des dortigen Progymnasiums aber konnte in dieser Anordnung keinen Grund sehen, die Schulvorschriften zu stützen. Um aber Aergerniß zu umgehen, wurde der gleiche Tag ein Spaziergang der Schüler mit ihrem Lehrer festgesetzt. Die zwei Capläne Schilling und Schamber versuchten nicht nur, die Schüler öffentlich durch thätliche Bedrohungen an dem Tage in der Stadt festzuhalten, was ihnen bei einigen Schülern auch gelang, sondern sie benutzten die nächste Religionsstunde dazu, sowohl Schüler als Lehrer in der gröblichsten Weise zu beschimpfen, erstere überdies noch mit mitgebrachten Lederriemen an Körper und Händen auf das grausamste blutrünstig zu schlagen. Unabsehbare Strafaufgaben — mechanisches zwanzigfaches Abschreiben aus Religionsbüchern — vollendeten die körperliche Mißhandlung. Der momentanen Suspension beider Capläne folgte die Untersuchung auf dem Fuße, disciplinarische zunächst, wenn sich nicht seither die beschimpften Lehrer entschlossen haben, den Schutz der Gerichte anzurufen. Man theilt sich mit, die Capläne, hinter denen der gleichgeartete alte Stadtpfarrer steckt, legen es darauf an, durch Entlassung von Schulunterricht die Behörden in Verlegenheit zu setzen. Letztere wird hoffentlich vorübergehend sein. Schon jetzt hat das gemeldete Benehmen der beiden Capläne deren Stellung in der Gemeinde keineswegs verbessert. Ein Theil der Eltern, wie auch selbst der Kinder, ist vernünftig genug, um sich mit Verachtung von solchen „Jüngern Christi“ wegzuwenden. (Karlsruh. Ztg.)

### Österreich.

**Gastein, 17. Juli.** [Der deutsche Kaiser] hat heute Morgen sein erstes Bad genommen und machte dann einen längeren Morgenspaziergang auf dem Kaiserwege nach Köstenthal zu. — Der frühere ägyptische Minister Rubar Pasch ist zur Kur hier anwesend.

### Frankreich.

**Paris, 15. Juli.** [Brief eines deutschen Geistlichen.] Der „R. Z.“ wird geschrieben: Der vor Kurzem mitgetheilte Brief eines deutschen Bischofs an den „Monde“ ist nicht vereinzelt geblieben. Seit drei Tagen bringen hiesige Blätter der Reihe nach einen Brief „einer bedeutenden katholischen Persönlichkeit aus der Rheinprovinz, gerichtet an einen Freund in Frankreich“. Der Ort, woher der Brief stammt, wird nicht genannt, „weil das dem Verfasser die Rache Bismarck's zuziehen könnte“. Die Veröffentlichung geschieht tropfenweise, von einem Blatt zum andern, und scheint darauf berechnet, dem Schriftstück allseitige Beachtung zuzuziehen; ein Zweck, der, wie ich höre, auch erreicht worden ist. Sein Inhalt lautet im Wesentlichen:

„Man verfolgt mich, weil ich den ganzen Kreis \*\*\* zur katholischen Partei bekehrt habe, weil ich meine Fahne hoch halte und alle preussischen Schändlichkeiten aufdecke. Sie fragen: Wohin geht Ihr? Ich antwortete: Bismarck wird nicht zurückweichen. Er schmiedet ein Gefäß nach dem andern und er wird genöthigt sein, immer schroffer vorzugehen. Aber wie soll er es anstellen, 20,000 Priester einzukerkern? denn kein Einziger wird abtrünnig werden. In Bosen hat man schon einen bürgerlichen Bischofsverweigerer ernannt; was wird folgen? Kein Pfarrer wird ihn anerkennen. Und dann muß man die Kirchen schließen. Das katholische Volk wird nicht rebelliren, aber der Socialismus macht Riesenschritte und er wird die Revolution bringen. Aber dazu gehört Zeit; denn die Disciplin der Armee ist von Eisen und vorläufig (sic!) werden die Soldaten aushalten. Sie glauben, daß man schriftlich den katholischen Avancens mache, ja aufdrängen werde; das ist ein Irrthum, denn die Maigesetze, welche alle Principien der Kirche im Fundament vernichten, steuern auf eine deutsch-nationale Kirche mit Bismarck als Papst u. s. w. los. Damit können wir Katholiken nicht transigiren. Wir werden mit Festigkeit Alles abwarten, unsere Kinder selbst taufen, wenn man uns die Kirchen schließt, und coram presbyterio heirathen. Unsere Priester sind schon mit den nöthigen bischöflichen Gewalten ausgerüstet; umherziehende Seelsorger werden die Sterbenden trösten, aber nachgeben — niemals! Wie das werden soll, weiß Gott. Bismarck hat eine Divergenz im Gestalt eines neuen Krieges gegen Frankreich machen wollen, und fürwahr, es fehlt in Deutschland schlecht genug aus, um einen solchen für viele Leute wünschenswerth zu machen. Die fünf Milliarden sind verzehrt, die Geschäfte stoden, Deutschland treibt dem Abgrunde zu. Aber Frankreichs edle und weiße Haltung, sowie die Gesinnung des übrigen Europas läßt das nicht zu: Europa sieht klar, es will keinen neuen Sieg Deutschlands. So ist die Lage Bismarck's; die Katholiken rebelliren nicht, aber er fürchtet sich schrecklich vor den Socialisten.“

Den Schreiber dieses nennt man einen hervorragenden Katholiken. Wir glauben, daß die Mehrheit der deutschen Katholiken denn doch zu einem so schamlosen Appell an die Sympathie unserer Gegner im Auslande nicht fähig wäre, und wir wollen nicht glauben, daß der Verfasser des Schriftstückes das Recht hat, sich als eine Art von Sprecher seiner Partei zu geriren. Was er aber will, geht aus dem Vorstehenden klar genug hervor: die Allianz mit den französischen Ultramontanen aufrecht erhalten, indem er zeigt, daß er eben so denkt. (resp. klagt) wie sie; andeuten, daß die deutschen Ultramontanen keineswegs entmuthigt sind, daß der Socialismus demnach ihre Arbeit gegen das Deutsche Reich thun, und daß sie die Allianzfähigkeit nicht verloren haben!

**Paris, 15. Juli.** [Tagesbericht.] Die „Liberé“ bringt eine Privat-Depesche aus Chiselhurst, worin die Abreise der Kaiserin und des kaiserlichen Prinzen nach dem Schlosse Arenenberg angezeigt wird. — Die Messe, die am 14. d., als am Heirathstage, mit einem gewissen Glanz in der Kirche St. Louis in Versailles gehalten wurde, constatirte von Neuem, daß der Ultra-Legitimisten wirklich nicht mehr als kaum 52 sind, denn mehr wohnten der Messe, die von einem der Generalsvicare des Bisthums von Versailles gelesen wurde, nicht an. — Die officiële „Presse“ sagt, nicht Magne, sondern der Budgetaus-schuss habe die Erhöhung der Salzsteuer beantragt, und fügt hinzu, der Finanzminister werde auch dann im Amte bleiben, wenn sein finanzieller Gesegentwurf verworfen werden sollte, da er keine Portefeuille-Frage daraus gemacht habe. — Die äußerliche Rechte hielt gestern Abend Sitzung. Die im Sonntags-„Univers“ erschienene Note wurde desavouirt und beschloffen, bei jeder Gelegenheit gegen das Cabinet zu stimmen. — Die Untersuchung gegen die Bonapartisten dauert fort. Die Deputirten Ordinaire, Rouvier, Laurent Pichat und andere wurden wegen der Vorgänge in St. Lazare vernommen. — Heute ist zum ersten Male das „Bulletin Français“ als officiëlles Abendblatt der Regierung erschienen.

[Sitzung der Nationalversammlung vom 15. Juli.] Die Discussion über die finanziellen Gesetze wurde fortgesetzt. Wolowski kam zuerst auf die gestrige Discussion zurück, um dagegen zu protestiren, daß

Magne gestern gesagt, es sei nicht ehrlich, Verträge nicht halten zu wollen. Die Commission habe nichts vorgeschlagen, was nicht ehrlich sei. Magne erwidert, daß er weder von Wolowski, noch von Ehrlichkeit gesprochen; aber man habe gesagt, daß die Post in die Steuerfrage gerathen sei, und er nicht hoffen könne, systematische Gegner zu belehren. (Lärm links.) — Präsident Buffet verlangt Ruhe. — Magne: Ich weiß wohl, daß die Angriffe gegen mein Portefeuille gerichtet sind, während ich mein Portefeuille nicht verteidige. Ich begrüße diese Herren Republikaner nicht. (Zuschauerer Lärm links.) — Zumal. Ich glaube, daß man sogar unter einer Republik ein regelmäßiges und sich im Gleichgewicht befindendes Budget haben könne. (Neuer Lärm links.) Man verlangt den Ordnungsruf. — Wolowski protestirt gegen die letzten Worte Magne's. Der Minister habe gesagt, er verteidige die finanzielle Nothwendigkeit. Solche Worte seien nicht zulässig. Im Munde des Herrn Magne müßten sie um so mehr Erschauern erregen, als er 1860 dem Kaiser vorge schlagen habe, den Amortisationsfonds anzugreifen, auf welchen die Rentenbesitzer gezahlt. Nach einer solchen Handlung sei es selbst, daß Herr Magne noch von finanzieller Nothwendigkeit zu sprechen wage. — Magne meint, es stehe ihm nicht zu, von den Finanzen des Kaiserreichs zu sprechen, aber er müsse gestehen, daß Herr Tola und seine Freunde es schwer machen, ein Budget in's Gleichgewicht zu bringen. Aber ich komme auf Herrn Wolowski zurück. Ich behaupte, daß es mir erlaubt war, zu sagen, daß, indem ich den Contract mit der Bank verteidige, ich für die wahren finanziellen Prinzipien und die finanzielle Nothwendigkeit eintrat. Die Discussion geht nun zum Gesegentwurf über, der 1/2 Decime auf die indirecten Steuern legt. Magne verteidigt ihn in einer längeren Rede, ohne aber etwas Neues vorzubringen. Wolowski antwortet einige Worte, worauf dann zur Abstimmung geschritten wird. Der Antrag des Finanzministers wird mit 413 gegen 256 Stimmen verworfen. (Große Erregung.) — Gouin will nun das Wort ergreifen, um seinen Antrag Betreffs der Eisenbahnen zu entwickeln, aber Ventabon, der Berichterstatter im Dreißiger-Ausschuss (Antrag Casimir Periers) besteigt nun die Tribüne, um seinen Bericht auf den Tisch des Hauses niederzulegen. Von allen Seiten wird der Vortrag verlangt. Dieser Bericht bespricht zuerst die Arbeiten der Versammlung und kommt dann auf die Anträge Casimir Perier und Lambert de Saint-Croix, welche an die constitutionelle Commission verwiesen worden seien. Die Commission habe hiernach das Gesetz vom 20. November (Verlängerung der Gewalten des Marschalls Mac Mahon) geprüft und gefunden, daß der Charakter desselben ein constitutioneller sei. Die Gewalten des Marschalls seien deshalb in Zukunft unbestreitbar. Die Präsidentschaft sei nicht siebenjährig durch sich selbst, sondern die Gewalt des Präsidenten der Republik sei auf sieben Jahre dem Marschall Mac Mahon übergeben. Einige Mitglieder seien der Ansicht gewesen, daß der Waffenstillstand der Parteien sieben Jahre dauern müsse: die Gewalt des Marschalls sei eine Zwischenherrschafft zwischen der Republik oder der Monarchie. Nach der Ansicht der Anderen stehe die Gewalt des Marschalls über allen Parteien. Andere hielten die Regierung des Marschalls für eine ganz specielle. Der Antrag Casimir Perier könne nicht zugelassen werden. Die Monarchisten könnten sich nicht in einer Weise binden, welche die Monarchie unmöglich mache. Es sei nicht nöthig, den Antrag Perier's anzunehmen, damit das Staatsoberhaupt den Titel eines Präsidenten der Republik fortführe, damit die öffentlichen Handlungen im Namen der Republik vollzogen und die Geschäfte mit dem Auslande ebenfalls im Namen der Republik abgemacht würden. Das Land würde der Versammlung Dank wissen, ihm die Freiheit seines Beschlusses bis zum Ende des transitorischen Regimes aufrechterhalten zu haben, das am 20. November gegründet worden sei. Diese Gründe hätten die Commission bestimmt, den Antrag Perier zu verwerfen; sie habe ihm ein von ihr ausgearbeitetes Project zu unterstellen, damit die Versammlung kein verneinendes Votum abzugeben brauche. Der Berichterstatter bespricht nun dieses Project, von dem er Kenntniß giebt. Es ist das nämliche, welches die „R. Ztg.“ bereits vor 14 Tagen mittheilte. Der Vortrag des Bericht's Ventabon's erregt nur geringes Aufsehen. Derselbe enthält nichts Neues, und die Gründe, die er angeht und welche schon hundert Mal vorgebracht wurden, sind nicht stichhaltig und werfen keines der Argumente über den Haufen, daß Frankreich, wenn das Provisorium aufrecht erhalten wird, zu Grunde gehen muß und sich wieder in die Arme des Kaiserreichs werfen wird. Berenger stellt den Antrag, daß über den Entwurf discutirt werde, was auch angenommen wird. Schluß der Sitzung 5 1/2 Uhr.

### Spanien.

**Santander, 14. Juli.** [Dorregaray's Circular. — Hauptmann Schmidt.] Ueber die Erziehung des Hauptmanns Schmidt durch die Carlisten ist der „Msee-Ztg.“ von Herrn Ludwig Müller, der als preussischer Offizier in der Suite des Generals en chef Zabala den Krieg mitmacht, folgende Zuschrift zugegangen:

Auf Allerhöchsten Befehl des Königs Carlos VII. ist am 3. Juli zu Estella der Correspondent der „Mseezeitung“, Albert Schmidt, Hauptmann der 10. Artilleriebrigade a. D. und Ritter des eisernen Kreuzes I. Klasse, sowie mehrerer Kriegsdemedationen, fesselt worden. Wir befinden uns am 28. v. M. auf dem Rückmarsch nach Zafalla, und Hauptmann Schmidt, der sich etwas weit vorbegeben hatte, sprach mich noch gegen 12 Uhr Mittags in der Absicht, noch Näheres über das Corps Campos zu erfahren, bei dem ich mitgefahren. Ich escortirte jedoch die Leiche des Generals Concha und war faktisch zu längeren Mittheilungen, zumal es auch drüben heiß war und wir drei Tage ohne Verpflegung, nicht aufgelegt. Hauptmann Schmidt schlug daher seinen Weg, anstatt mit dem Heere zu marschiren, nach Lerin zu ein, jedenfalls um seine Berichte so schnell wie möglich der Eisenbahn übergeben zu können. Hier muß er den Carlisten in die Hände gefallen sein, denn besagte Straße wurde stets von carlistischer Cavallerie beunruhigt und war ohne Bededung kaum zu passiren. Genug, er wurde gefangen nach Estella geführt, und wie König Carlos selbst einem Arzt, der gestern von Estella kam, wo er sich im Namen der Regierung nach etwaigen Gefangenen erkundigt hatte, erzählt hat, schon aus dem höchst einfachen Grunde, daß er preussischer Offizier war, fesselt. Vorher wurde er gezwungen, den Keberglauben abzulegen, um als Rechtgläubiger in den Himmel auf so unfreiwillige Weise eingehen zu können. — Wenn man bedenkt, daß Hauptmann Schmidt stets Civilkleider trug, unbewaffnet war — also lediglich Correspondent — so ist das abermals eine Grausamkeit des allerchristlichsten Königs, die ihres Gleichen sucht, die jedoch hoffentlich nicht ungerächt bleiben wird. — Mit Hauptmann Schmidt wurden 3 Offiziere und 6 Soldaten erschossen, die ebenfalls bei Murgain in die Hände der Carlisten gefallen waren. Sämmtliche Verwundete, die wir nicht mitführen konnten, kamen durch das Bajonet um. Welch' unbeschreibliche Erbitterung diese letzten Fälle beim Heere erzeugt haben, befaßt wohl keiner Erwähnung. — Wehe dem König Carlos, im Falle er in unsere Hände fällt, ja wehe den Deutschen in seinem Hauptquartier, die den Tod ihres Landsmannes nicht verhindern.

Der „Times“ wird von ihrem Special-Correspondenten in Santander unterm 14. d. M. telegraphisch gemeldet: „Dorregaray's barbarisches Circular hat solche Entrüstung erzeugt, daß carlistische Anhänger es zu entschuldigen versuchen, indem sie sagen, daß Marschall Concha einen Vernichtungskrieg ankündigte und erklärte, daß er alle carlistischen Städte zerstören wolle. Ich kann dies bestimmt in Abrede stellen. Er sagte, er würde jede Stadt, die ihm Widerstand leistete, beschließen, aber wenn nicht, nur eine der den Carlisten gezahlte Summe gleichkommende Contribution fordern. Ich habe dies von seinen eigenen Lippen. Keine Truppen konnten sich besser betragen als die Nationaltruppen beim Betreten von Städten, die ihnen keinen activen Widerstand geleistet hatten. In Dieja wurde nicht ein Brot oder ein Glas Wein genommen, das nicht bezahlt wurde, und zuweilen exorbitant. Die einzigen Städte, die niedergebrannt wurden, waren diejenigen, die durch Sturm und in der Aufregung der Schlacht genommen wurden. Die Angabe, daß Gefangene in die Flammen genommen wurden, ist unwahr. Viele verkohlte menschliche Ueberreste wurden als solche von Nationalsoldaten identificirt, was beweist, daß einige Käufer zufällig niedergebrannten, in dem in der Mitte der Fußböden gekocht wurde. Dorregaray sucht seine Erklärung eines Krieges ohne Pardon dadurch zu entschuldigen, daß er hoffte, die Soldaten zu terrorisiren und zu entmuthigen. Marschall Concha erschoss nicht einmal Espione, noch einen Mann, der einen Convoie irre führte, was die Hauptursache des Unglücks war. Nichts konnte edler und menschlicher gewesen sein, als sein Verhalten. Das Gerücht, daß Miranda von den Carlisten genommen wurde, entbehrt der Begründung.“

### Großbritannien.

**A. A. C. London, 15. Juli.** [Der Kronprinz und die

Kronprinzessin des deutschen Reiches] waren gestern bei einer Gartengesellschaft, die der Prinz und die Prinzessin von Wales in ihrer Villa in Chiswick gaben, zugegen und erschienen am Abend auf einem Balle des Herzogs und der Herzogin von Manchester.

[England und die Brüsseler Conferenz.] Der diplomatische Schriftwechsel bezüglich der in Brüssel abzuhaltenden Kriegsvölkerrechts-Conferenz ist nunmehr dem Parlament vorgelegt worden. Die Ansichten der britischen Regierung über die Angelegenheit sind in einer vom 4. d. datirten Depesche des Karls von Derby an Lord A. Loftus, den britischen Votschafter in St. Petersburg, aus-einandergelegt.

„Ihrer Majestät Regierung“ — heißt es in dieser Depesche — „würdig in hohem Grade die humanen Motive, von denen Sr. kaiserl. Majestät in diesem Vorschlage befeelt ist, und stimmt mit dem von Sr. kaiserl. Majestät bekundeten Wunsche, die Gewalt des Krieges zu mildern, überein. Zu gleicher Zeit ist Ihrer Majestät Regierung nicht von der praktischen Nothwendigkeit eines solchen Planes zur Nichtsahnung für militärische Befehlshaber im Felde überzeugt, und kann nur fürchten, daß falls die Discussion nicht in der vor-sichtigsten Weise geführt wird, die Prüfung irgend eines solchen Project's in einer Conferenz im gegenwärtigen Zeitpunkt Ursache der Differenz wieder eröffnen und zur Gegenbeurteilung zwischen einigen der zur Vetheiligung an derselben ernannten Delegirten führen mag. Der Vorschlag für eine Conferenz in Brüssel ging zuerst von dem Verein zur Besserung der Lage von Kriegs-gefangenen aus und war auf diesen Gegenstand beschränkt. Ob Ihrer Majestät Regierung indes irgend eine Meinung über die Zweckmäßigkeit einer An-nahme der so erfolgten Einladung ausgedrückt hatte, wurde sie von der russischen Regierung erucht, ihre Actien in der Sache zu suspendiren, bis der damals von dieser Regierung vorbereitete Entwurf fertig sei. Dieser Entwurf enthält, wie sich herausstellt, einen detaillirten Plan für die Leitung militärischer Operationen, in dem die Behandlung von Kriegsgefangenen nur einen kleinen Theil einnimmt. Fürst Gortschakoff bemerkt überdies in seiner Depesche vom 17. April, daß „le projet que nous soumettons à l'examen des Cabinets n'est qu'un point de départ pour les deliberations ultérieures qui, nous aimons à l'esperer prépareront le terrain d'une entente générale.“ Daß Ihrer Majestät Regierung glücklich sein würde, sich der Regierung des Kaisers von Rußland in jedweder Maßregel für die Verhinderung von unnöthigen Leiden anzuschließen, ist durch Großbritannien be-tundet, indem es zu diesem Zwecke bereits den Declarationen mit Bezug auf das Genfer Kreuz und den Gebrauch von explosivenden Kugeln beigetreten ist, und Ihrer Majestät Regierung würde demnach nun nicht Anstoß an einer Discussion in einer Conferenz von Delegirten von solchen Details kriegerischer Operationen im Felde nehmen, deren Verabreichung für nützlich und practisch be-funden werden dürfte, oder Ihrer Majestät Regierung ist fest ent-schlossen, sich auf keinerlei Discussion der Regeln des Völker-rechts einzulassen, durch welche die Beziehungen von Kriegs-jährenden geleitet werden, oder irgend welche neue Verpflich-tungen oder Verbindlichkeiten irgend einer Art in Bezug auf allgemeine Principien zu übernehmen. Ihrer Majestät Regierung hält es von großer Wichtigkeit, daß sie diese Erklärung freimüthig vom Be-ginn an abgiebt, und dies ist um so nothwendiger geworden, da Gerüchte im Umlauf sind, daß eine Regierung zum mindesten beabsichtigt, einen Marines-Delegirten zu der Conferenz zu senden, anscheinend von der Ansicht geleitet, daß See-Angelegenheiten als Gegenstände der Erörterung und Discussion eingebracht werden mögen. Ihrer Majestät Regierung ist überzeugt, daß eine solche Ausdehnung des Spielraums der Conferenz irgend einer Ueber-einkunft über die besonderen Details militärischer Bestimmungen, die erörtert zu haben der Wunsch des Kaisers von Rußland ist, verhängnißvoll sein würde, und sie ist demnach gewiß, daß sie, indem sie anticipirend dagegen protestirt, nur im Einklange mit den Ansichten und Wünschen Sr. kaiserlichen Majestät für einen erfolgreichen Ausgang der Conferenz, deren Zusammentritt er vor-geschlagen hat, handelt.“

Im weiteren Verlaufe der Depesche ersucht Lord Derby den britischen Votschafter, der russischen Regierung zu erklären, daß die eng-lische Regierung, ehe sie einwilligt, einen Delegirten zur Conferenz zu senden, von der russischen Regierung wie von den Regierungen aller zur Theilnahme an der Conferenz eingeladenen Mächte die bestimm-teste und deutlichste Versicherung nachsuchen muß, daß deren Delegirte in der Conferenz instruit werden sollen, sich auf die Erörterung der Details von militärischen Operationen solcher Natur, welche der Ent-wurf der russischen Regierung behandelt, zu beschränken, und in keinerlei Form, direct oder indirect, irgend eine Debatte über maritime Operationen oder Seekriegführung herbeizuführen. Lord Derby fügt hinzu, daß diese Depesche den Regierungen aller der Mächte, die zur Theilnahme an der Conferenz eingeladen sind, mitgetheilt und von jeder derselben eine ähnliche Zusicherung verlangt werden möge.

[Das Gedentalbum], welches das hiesige Protestantencomité zur Ueberreichung an den Deutschen Kaiser hat anfertigen lassen, ist vor einigen Tagen fertig geworden. Es soll ein Andenken an die öffentlichen Kundgebungen englischer Sympathie für den Deutschen Kaiser und das deutsche Volk bilden, welche im vergangenen Januar hier in London und später hier und da in der Provinz zum Ausdruck kamen. Die Ueberreichung hat sich durch das längere Ausbleiben einer zur Ausnahme bestimmten Arbeit um Monate verzögert. Dafür ist aber auch die umfangreiche Abhandlung des Mr. Potts in Cambridge, welche etwa den dritten Theil des Buches einnimmt, zur vollen Zu-friedenheit des Comites ausgefallen. Nunmehr erklärte der deutsche Votschafter, Graf Münster, sich bereit, das Album dem Kaiser Wilhelm zu übermitteln. Der Bote, der eigens damit betraut ist, ist bereits nach Deutschland abgereist. Derselbe hat ein zweites, gleiches Exemplar für den Fürsten Bismarck mitgenommen. Ein drittes ist für die deutsche Kronprinzessin bestimmt. Dasselbe soll der hohen Frau wäh-rend ihres Hierseins persönlich überreicht werden, und zwar heute Abend bei einem Empfang in Prussia House, welchen der Votschafter dem Kronprinzen und der Kronprinzessin zu Ehren veranstaltet hat. Mit der Ueberreichung sind Sir John Murray, Präsident der Pro-tes-tant Association und Vorsitzender bei den Sympathiekundgebungen, und Dr. Badenoch, Ehrensecretär des genannten Vereins, betraut worden. Ein viertes und fünftes Exemplar sind für die Königin Vic-toria und den Prinzen von Wales bestimmt und sollen demnach überreicht werden. Das Exemplar für die Kronprinzessin lag gestern zur Ansicht für Freunde des Comites bei Hatchard's aus. Gleich den anderen ist es in weißen Saffian mit schwarz-weiß-rothen so wie golde-nen Verzierungen gebunden. Papier und Druck sind einem Pracht-exemplar völlig angemessen. Drei seidene Bänder, eins schwarz, das zweite weiß, das dritte roth, dienen als Buchzeichen (Book markers). In gleichem Format, auf dem nämlichen Papier und in demselben Drucke, doch nicht gleich kostbar eingebunden, kommt eine beschränkte Anzahl Exemplare zum Preise von 2 Guineen das Stück zum Verkauf. Eine kleinere Ausgabe soll 7 1/2 Schilling kosten. Bei der Verbreitung der Sympathiegefäße, welche das Album zum Ausdruck bringt, läßt sich ein guter Absatz in Aussicht nehmen.

[Carlisten-Comite.] Seit Kurzem, namentlich seit dem Tode Concha's, regt sich hier in London wieder das vormalig eingeschlossene Carlisten-Comite. Es hat sich ein Bureau gesichert, aber es fehlt ihm die wichtige Persönlichkeit eines Secretärs. Bisher hat sich noch Nie-mand zu dem Posten gefunden.

### Niederlande.

**Rotterdam, 14. Juli.** [Wallfahrten. — Die Jesuiten.] Für die Wallfahrten nach Aachen und Mastricht werden besondere Ertragszettel mit bedeutender Preiserhöhung organisirt werden; die Theilnahme der katholischen Bevölkerung wird jedenfalls, nach den säkularischen Besuchen in Kevelaar und der Springprocession in Echternach zu schließen, eine enorme sein, und die Geiligkeit thut jetzt schon das Ihrige, um die massenhafte Betteiligung der Gläubigen anzuregen. — Der neu ernannte Bischof von Breda, bisher General-Vicar des Bis-



